

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 06.11.2012**

öffentlich

Ort: Sekundarschule Am Fliederweg, Budapester Str. 5
06130 Halle (Saale), Raum Nr. 4

Zeit: 17:00 Uhr bis 21:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	bis 20:45 Uhr
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	17:10 - 20:30 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Vertreter für Frau Dr. Petra Sitte – bis 20:55 Uhr
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	bis 20:55 Uhr
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	bis 21:05 Uhr
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	bis 21:05 Uhr
Herr André Scherer	SKE	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung	bis 20:30 Uhr
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	ab 17:25 Uhr
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	bis 20:00 Uhr
Herr Andreas Riemann	SKE	bis 21:05
Herr Thomas Senger	SKE	
Herr Andre Scherer	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreter Herr Dr. Erwin Bartsch - bis 20:55
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Herr Martin Gorowska	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Vor Beginn der Sitzung bestand Gelegenheit für die Mitglieder des Bildungsausschusses an einem Rundgang durch die Sekundarschule Fliederweg teilzunehmen und insbesondere den Stand der Baumaßnahmen zur Brandschutzgrundsicherung kennenzulernen.

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte den neuen sachkundigen Einwohner, **Herrn Andre Scherer**, die Schulleiterin der Sekundarschule Fliederweg, **Frau Gebhardt**, und die Gäste. Zudem bedankte er sich bei der Schulleiterin für die Gastfreundschaft.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die vorliegende Tagesordnung auf und bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldungen vorlagen, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 04.09.12 und 02.10.12
4. Vorstellen der Sekundarschule durch die Schulleitung
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
 - 5.2. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14
Vorlage: V/2012/10911

- 5.3. Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten, Teil 1
Vorlage: V/2012/10921
- 5.4. Vorbereitung des Antragsverfahren für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11129
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859
 - 6.2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek
Vorlage: V/2012/10992
 - 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha
Vorlage: V/2012/11148
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 7.1. Anfrage des sachkundigen Einwohners Herr Thomas Senger im Auftrag des StadtElternRates der Stadt Halle zum aktuellen Urteil des OVG LSA, Beschl. v. 01.10.2012, Aktenzeichen 3 M 687/12
Vorlage: V/2012/11138
8. Mitteilungen
 - 8.1. Salinetechnikum
Vorlage: V/2012/11043
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 04.09.12 und 02.10.12

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Anmerkungen zur Niederschrift vom 04.09.2012.

Herr Senger, SKE, merkte an das auf Seite 3 nicht **Frau Dr. Wünscher**, sondern **Frau Dr. Bergner** die nicht fristgemäße Zusendung der Vorlagen bemängelt habe. Er bitte dies im Protokoll zu ändern.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 04.09.2012.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift vom 04.09.2012 mit dieser Änderung zur Abstimmung.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Anmerkungen zur Niederschrift vom 02.10.2012. Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 02.10.2012.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift vom 02.10.2012 zur Abstimmung.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

zu 4 Vorstellen der Sekundarschule durch die Schulleitung

Frau Gebhardt, Schulleiterin der Sekundarschule Fliederweg, begrüßte die Mitglieder des Bildungsausschusses und führte aus, dass die Zeit von Ostern bis jetzt aufgrund der Brandschutzbaumaßnahmen eine Härteprobe gewesen sei. Ein Brandschutzumbau während des Schulbetriebs sollte keiner weiteren Schule zugemutet werden. Für ihre 16 Klassen stehen nicht alle Räume zur Verfügung. Die Schule sei sehr dankbar und zufrieden, dass die Baumaßnahmen erfolgen. Es sei jedoch wünschenswert, dass alle Arbeiten auch sachgerecht ausgeführt werden. In Folge der Umbaumaßnahmen seien die Räume und Flure zum Teil noch enger geworden. Die Schulleiterin stellte eine PowerPoint-Präsentation vor und belegte den Fortschritt der Baumaßnahmen. Zu der Schule gehören derzeit 328 SchülerInnen, 39 Lehrer, 1 pädagogischer Mitarbeiter, 1 Sekretärin, 1 Hausmeister und 1 Schulsozialarbeiter. Unterrichtet werden 15 reguläre Klassen und noch eine zusätzliche Klasse der Pestalozzischule, die den Hauptschulabschluss anstrebt. Zudem erörterte sie die Ziele und das Programm der Sekundarschule sowie das Leitbild, Schulprojekte und Kooperationspartner. Sie stellte das Profil als Ganztagschule und die Arbeit des Schulfördervereins vor. Die Schule strebe insbesondere eine Verringerung der Schulabbrecherquote an und nutze zur Unterstützung der Lernarbeit unter anderem Projekte, wie den jährlichen Skikurs. Hervorzuheben sei die schrittweise Umsetzung des gemeinsamen Unterrichts. Es wird am 18.12.2012 ein Projekttag an der Schule stattfinden. An diesem Tag wird die Schule vorgestellt und kann besichtigt werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bedankte sich bei **Frau Gebhardt** für die Präsentation und erkundigte sich, ob es Nachfragen gäbe.

Herr Scherer, SKE, erkundigte sich nach dem Skikurs.

Frau Gebhardt, Schulleiterin, antwortete, dass der Skikurs ein Angebot sei und über Leistungen der Bildung und Teilhabe durch das Jobcenter unterstützt werde.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., ergänzte, dass die Schüler einen Teil der Kosten selbst erwirtschaften.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, fragte, wer die Schüler bei dem Kurs begleitet.

Frau Gebhardt, Schulleiterin, antwortete, dass 2 Sportlehrer und 1 Mitarbeiter vom Förderverein die Schüler begleiten.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bedankte sich nochmals und beendete diesen Tagesordnungspunkt.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Schriftliche und regelmäßige Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat** **Vorlage: V/2011/10362**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu dieser Beschlussvorlage.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte mit Bezug zu den Verwaltungsberichten des Dezernates IV an, solche Berichte künftig zeitnäher vorzulegen und als regelmäßige Berichterstattung in diese Vorlage aufzunehmen. Mit Bezug auf den Antrag zu STARK III im Finanzausschuss am 16.10.2012 (Vorlage: V/2012/11133) sollte der monatliche Fortschrittsbericht zur Umsetzung auch im Bildungsausschuss vorgestellt werden. Er bat um regelmäßige Vorlage der Schuljahresanfangsstatistik.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entgegnete, dass die Schuljahresanfangsstatistik kein eigenständiger Bericht sei und regelmäßig als Teil der Schulentwicklungsplanung vorgelegt werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass die Schuljahresanfangsstatistik vom Zeitpunkt her von den Vorgaben der Berichterstattung an das Landesschulamt abhängig sei und in die Diskussion zur Schulentwicklungsplanung eingebracht werde. Den Vorschlag einer zeitnahen Vorlage des Verwaltungsberichtes greife er gerne auf.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regte an, über den Bibliotheksentwicklungsplan (BEP) regelmäßig im Rat zu berichten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass es einen engen Zusammenhang zwischen dem Fachkonzept und dem Bibliotheksentwicklungsplan gäbe. Gegen eine regelmäßige Berichterstattung sei nichts einzuwenden und er fragte nach, in welcher Form dieser Hinweis in die Vorlage zum Berichtswesen aufgenommen werden soll.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, teilte mit, dass er beabsichtige diese Anregung im Rahmen eines Änderungsantrages einzubringen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen beendete **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zur Vorlage.

Votum SKE:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage).

Anmerkung:

Zusätzlich sollte aufgenommen werden:

- jährliche Verwaltungsberichte D IV: BA
- Bibliotheksentwicklungsplan (Umsetzung: jährlich BA)
- Stand Inklusion: Vorlage auch im BA
- Bericht Kooperation Kita-Grundschule = Kooperation Grundschule - Hort: BA und JHA

**zu 5.2 Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14
Vorlage: V/2012/10911**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zur Vorlage und den vorliegenden Änderungsanträgen der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, informierte über das vorliegende Austauschblatt, in dem die Beratungsfolge aktualisiert wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass in Bezug auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha – V/2012/11148 – bisher in 2011/12 keine Möglichkeit bestand, die erforderlichen Mittel für die Umsetzung der Brandschutz- und Baumaßnahmen in den Haushalt aufzunehmen. Für 2013 wurden durch Dezernat IV Mittel angemeldet, die jedoch noch nicht in den derzeitigen Entwürfen zum Haushalt 2013 aufgenommen werden konnten. Er bat die Stadträte in den Haushaltsberatungen um Unterstützung. Derzeit wird diese Schule als Ausweichstandort für die Kita „Heideröschen“ im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen bis Dezember 2013 benötigt. Dem Tenor der Änderungsanträge der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Präzisierung des Beschlusspunktes 1 zur 5-Zügigkeit des Christian-Wolff-Gymnasiums und Südstadtgymnasiums könne er sich anschließen. Er teilte mit, den Beschlusspunkt 5 zur Schließung des Standortes Rainstraße zurückzuziehen. Die Veräußerung der ehemaligen Helene-Lange-Schule soll in Absprache mit der

Kunsthochschule Burg Giebichenstein um ein Jahr verschoben werden, da auf Seiten der Kunsthochschule die Finanzierung noch nicht gesichert sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, nahm Bezug auf die Aussage von **Herrn Kogge**, dass die Finanzierung der Baumaßnahmen für die Grundschule Glaucha durch Dezernat IV nicht in den Haushalt 2013 aufgenommen werden konnten und äußerte ihr Unverständnis, wieso die Stadtverwaltung damit den vorliegenden Stadtratsbeschluss nicht umsetze. Der Stadtrat hatte beschlossen, dass die Schule im Schuljahr 2013/14 ans Netz gehen soll.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass derzeit die zur Verfügung stehenden Deckungsmittel im Gesamthaushalt nicht ausreichen, um diese Maßnahmen aufzunehmen und er erwarte, dass ihn der Bildungsausschuss darin unterstütze, dass die notwendigen Planungs- und Baumittel noch eingeordnet werden können, um die Eröffnung der Grundschule ab 2014/15 sicherzustellen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schlug vor, jeden Beschlusspunkt der Vorlage einzeln zu beraten und abzustimmen. Er bat um Wortmeldungen zum Beschlusspunkt 1 (Änderung der Aufnahmekapazitäten Südstadtgymnasium und Christian-Wolff-Gymnasium).

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte den Änderungsantrag seiner Fraktion, der über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion hinausgehe. Außer der Festlegung der 5-Zügigkeit der beiden Gymnasien halte er es für erforderlich, darüber hinaus eine Lösung für den Bedarf an gymnasialer Ausbildung ab 2014 zu finden. Bis zum Jahr 2032 fehle eine Schule mit Gymnasialzweig, diese müsse eröffnet werden. Eine Verlagerung in eine Außenstelle sei für ihn keine angemessene Problemlösung, da der Schüleraufwuchs zu groß sei. Er würde die 5-Zügigkeit für ein Jahr beschließen. Die Verwaltung soll bei der nächsten Schulentwicklungsplanung einen Vorschlag für einen Gymnasialstandort unterbreiten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, stimmte **Herrn Paulsen** in Hinsicht auf die Schülerzahlen zu. Es sei jedoch unklar, welche Auswirkungen die Baubeendigung der Latina haben wird. Die Verwaltung sei noch nicht sicher, ob die Lösung in einem neuen Schulstandort oder einer praktikablen Außenstellenvariante gefunden werden könne. Zudem seien momentan Veränderungen bei den freien Trägern nicht abschätzbar. Ein Prüfauftrag für einen Gymnasialstandort könne erfolgen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, welche Auswirkungen das Projekt Kastanienallee auf die 5-Zügigkeit des Christian-Wolff-Gymnasiums haben würde.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass die Auswirkungen zum Teil abhängig vom in Erarbeitung befindlichen, Konzept seien. Nach derzeitigem Stand sei jedoch lediglich eine Kooperation zwischen der Sekundarschule und dem Christian Wolff Gymnasium beabsichtigt. Dies hat keinen be- oder entlastenden Einfluss auf den Bedarf an Gymnasialplätzen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass die Ergebnisse zur Konzipierung dieses Schulversuches abgewartet werden müssen.

Herr Senger, SKE, nahm Bezug auf die vorliegende Stellungnahme des Stadtelternrates. Dieser schätze ein, dass die vorliegende Schulentwicklungsplanung fehlerhaft und deshalb abzulehnen sei. Die neueste Rechtsprechung sei nicht beachtet worden. Diese setze neue Rahmenbedingungen und erfordere neue Überlegungen zum Bedarf einzelner

Bildungsgänge. Auch die generelle 5-Zügigkeit an den zwei Gymnasien werde durch die Betroffenen abgelehnt. Die Erhöhung der Zügigkeit beeinträchtige die Möglichkeiten auf inklusive Beschulung. Der Stadtrat habe bisher nicht ohne Grund eine 4-Zügigkeit beschlossen. Es sollte auf keinen Fall zu einer Überfüllung der Schulen führen.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, erklärte, dass es günstig sei, die 5-Zügigkeit für ein Schuljahr zu beschließen. Die Weiterentwicklung müsse abgewartet werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, dass die Schulen signalisiert haben, dass eine nochmalige 5-Zügigkeit für ein Schuljahr sie nicht überfordert, aber es sei keine dauerhafte Problemlösung. Die nächste Schulentwicklungsplanung müsse auch in Anbetracht des Urteils des OVG Magdeburg den künftigen Bedarf an Gymnasien, Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen berücksichtigen. Er kritisierte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, da nur Gymnasien und nicht andere weiterführende Schulen geprüft werden sollen. Der Antrag sollte eine offenere Formulierung haben, unter Berücksichtigung der Gesamtschulen. **Herr Lange** bat den Prüfauftrag zu erweitern. Ein Konzept wäre z. B. für die Sekundarschule Kastanienallee in Kooperation mit gymnasialer Oberstufe des Christian-Wolff-Gymnasiums. Er bat die Verwaltung die Rahmenbedingungen einer weiterführenden Schule zu prüfen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass das Urteil vom Obergericht eine Einzelfallentscheidung in Magdeburg sei. Eine schriftliche Antwort wurde dem Stadtrat schon übergeben. Der Bedarf an Gesamtschulen wird bei der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung gründlich geprüft.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vertrat die Auffassung, dass das Urteil grundsätzlichen Charakter habe. Er erwarte eine umfängliche Prüfung des Einflusses auf alle Schulformen. Dem Vorschlag der Fraktion DIE LINKE., den Prüfauftrag seines Änderungsantrages auf alle weiterführenden Schulen zu ergänzen, könne er folgen.

Herr Marquardt, SKE, wies darauf hin, dass im Christian-Wolff-Gymnasium ein Jahr lang nicht eingeschult wurde, dies ermögliche im neuen Schuljahr eine zusätzliche Klasse. Nach seiner Auffassung ist an diesem Gymnasium eine generelle 5-Zügigkeit nicht möglich. Er erkundigte sich, was es mit dem „Campus Kastanienallee“ auf sich habe.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, teilte mit, dass er unter Mitteilungen zu der Thematik informieren werde.

Herr Scherer, SKE, fragte, von welchem Zeithorizont für die Prüfung und Realisierung auszugehen sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass Prüfergebnisse in der Vorlage zur nächsten mittelfristigen Schulentwicklungsplanung im Sommer 2013 vorliegen müssen. Die Wirksamkeit betreffe dann das Schuljahr 2014/15 ff. Die Umsetzung von Maßnahmen sei nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel möglich.

Herr Hänsel, SKE, empfahl eine klare Prüfrichtung. Er sehe einen besonderen Bedarf für ein Gymnasium im Norden von Halle, deshalb sollte ein Prüfauftrag nicht zu allgemein formuliert sein.

Herr Senger, SKE, erläuterte, dass das Urteil vom Obergericht ein Beschluss sei. Der Beschluss sage aus, dass ein Auswahlverfahren nicht zulässig sei, sofern kein anderer Platz an einer anderen Gesamtschule angeboten werden kann. Alle Eltern, die eine

Gesamtschule anwählen, hätten nach diesem Beschluss das Recht, an dieser Schulform einen Platz zu erhalten. Da die Auswahlverfahren in Halle das Elternwahlrecht beschneiden, erwarte er eine Klagewelle.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, empfahl, die Auswertung des Beschlusses und mögliche Schlussfolgerungen unter Einbeziehung des Rechtsamtes vorzunehmen und verwies darauf, dass unter anderem keine klaren Grundlagen zur Berechnung der Kapazität vorliegen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, empfahl der Verwaltung den Bedarf an Gesamtschulplätzen zu prüfen. Er schlug eine neue Formulierung des Änderungsantrages seiner Fraktion vor, die den Prüfauftrag auf die Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe ergänzt.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., stellte den Geschäftsordnungsantrag, den Beschlusspunkt des Änderungsantrages zu teilen und unter 1a die 5-Zügigkeit und unter 1b den Prüfauftrag abzustimmen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., unterstützte dies.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sprach gegen den Geschäftsordnungsantrag und bat um gemeinsame Abstimmung der beiden Sätze des Änderungsantrages.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung der beiden Sätze des ergänzten Änderungsantrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und verlas nochmal den nunmehrigen Wortlaut des ergänzten Änderungsantrages:

„Der Beschlusstext wird in Punkt 1 geändert und erhält folgende Fassung:

1a) Der Stadtrat beschließt für das Schuljahr 2013/14 eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für die Gymnasien Südstadt und Christian Wolff auf eine 5-Zügigkeit.

1b) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die prognostizierten voraussichtlichen SchülerInnenzahlen an allgemeinen kommunalen Gymnasien mit Vorlage des Schulentwicklungsplanes 2014/15 bis 2018/19 einen Vorschlag für die Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe vorzulegen.“

Votum SKE: mehrheitlich zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Zustimmung zum Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Abstimmung der beiden Sätze.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nunmehr die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Satz 1a zur Änderung der Aufnahmekapazitäten im Schuljahr 2013/14 des Südstadtgymnasiums und Christian-Wolff-Gymnasiums.

Votum SKE: mehrheitlich zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung zu Satz 1a.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zu Satz 1b und dem Prüfauftrag für die Stadtverwaltung.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung zum Satz 1b.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, zog daraufhin den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zurück.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat die Verwaltung zu prüfen, ob über einen Geschäftsordnungsantrag ein Änderungsantrag einer Fraktion so verändert werden könne, dass zu einzelnen Sätzen einzeln abgestimmt wird.

Herr Seidel, Elternvertreter Südstadtgymnasium, verwies auf die von ihm im Vorfeld beantragte Redezeit.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, entschuldigte sich, dies im Vorfeld der Diskussion übersehen zu haben und stellte das beantragte Rederecht für den Elternvertreter des Südstadtgymnasiums zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, führte aus, dass der nunmehr gefasste Beschluss den Intentionen der Elternvertreter des Südstadtgymnasiums bereits entspreche und erteilte **Herrn Seidel** das Wort.

Herr Seidel, Elternvertreter Südstadtgymnasium, begrüßte den getroffenen Beschluss. In jedem Fall werde sich die Elternschaft gegen eine Außenstelle wehren. Derzeit beschult das Südstadtgymnasium als Einziges körperbehinderte Schülerinnen und Schüler, dies wäre durch eine Außenstelle konzeptionell nicht mehr umsetzbar. Die notwendigen Brandschutzmaßnahmen, die ab 2015 vorgesehen sind, würden dann auch nur noch einen 4-zügigen Schulbetrieb ermöglichen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 2 (Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Eröffnung der Grundschule Glaucha um ein Schuljahr).

Frau Raab, FDP-Fraktion, erklärte, dass sie diesen Beschlusspunkt ablehnen werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte **Frau Raab** zu. Er erläuterte, dass nicht umsonst beschlossen wurde, die Glauchaschule zum Schuljahr 2013/14 zu eröffnen. Die Verschiebung geschehe nur, weil die Verwaltung es nicht geschafft habe, Mittel in den Haushalt einzustellen. Es müsse jetzt gehandelt werden, deshalb lehne auch er diesen

Beschlusspunkt ab. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Sanierung der Schule müssen in den Haushalt 2013 aufgenommen werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob der Grund der Verschiebung vorwiegend die Nichteinstellung der Mittel in den Haushalt sei oder ob die Sanierung bis zum Schuljahresbeginn faktisch nicht möglich sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass es faktisch nicht machbar sei, selbst wenn die Mittel 2013 zur Verfügung ständen, würde es nicht reichen, die Baumaßnahme bis Schuljahresbeginn abzuschließen. Er versuche die Planungsmittel in 2013 in den Haushalt zu bekommen. Dann könne die Sanierung bis zum 2. Quartal 2014 insoweit abgeschlossen sein, dass die Eröffnung der Schule für 2 Klassen möglich sei. Derzeit nutzt die Kita „Heideröschen“ die Schule als Ausweichobjekt während der Bauphase der Kita, damit das Gebäude nicht leer steht. Die hohe Priorität der Eröffnung dieser Schule müsse sich zwingend im Haushalt 2013 wiederfinden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf seinen Antrag unter TOP 6.3, dieser solle die Bereitstellung von Planungs- und Baumitteln unterstützen. Es müsse doch möglich sein, 2 bis 3 Räume für den Schulbetrieb bis Sommer 2013 bereitzustellen.

Herr Hänsel, SKE, wies darauf hin, dass seit dem Beschluss zur Eröffnung der Grundschule 11 Monate vergangen seien. Eine Brandschutzertüchtigung sei innerhalb von 10 Monaten möglich, vor allem für lediglich 2 bis 3 Räume. Dies sei ein sportliches Ziel, dass bei guten Willen schaffbar sein sollte. Dazu sollte Druck für die Verwaltung aufgebaut werden. Der Stadtrat nehme Stadtratsbeschlüsse bei der Aufstellung des Haushaltes anscheinend nicht so ernst.

Herr Senger, SKE, fragte, mit viel Klassen der Schulbeginn geplant sei. Wenn wirklich nur mit 2 bis 3 Klassen geplant wurde, dann habe er kein Verständnis für die Verwaltung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass beginnend ab Klassenstufe 1 die Schule aufwachsen solle. Es bestehe die Sorge, dass die Brandschutzertüchtigung und die weiteren erforderlichen Baumaßnahmen für die Instandsetzung der Elektrik, der Sanitäreinrichtungen usw. bis zum Schuljahresbeginn nicht geschafft werden können.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, ergänzte, dass die Haushaltsmittel für die Glauchaschule im Haushalt 2012 trotz Anmeldung, aufgrund der zur Verfügung stehenden Finanzmasse, nicht berücksichtigt wurden, deshalb sei eine Änderung des Beschlusses und die Verschiebung der Eröffnung der Schule notwendig.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, verwies auf die Bemerkung von **Herrn Hänsel**, dass der Stadtrat die Thematik Haushalt nicht ernst nehme. Er führte aus, dass im Jahr 2011 kein genehmigter Haushalt vorlag und das bis Mitte 2012 die vorläufige Haushaltsführung galt, insofern war die Stadt nicht voll handlungsfähig.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., warnte unter Bezug auf die Ausführungen von **Frau Gebhardt** vor der Parallelität von Baumaßnahmen und Schulbetrieb. Die Erfahrungen der Fliederwegschule wünsche er keiner anderen Schule, insbesondere in einer Grundschule sollte man dies den Kindern nicht zumuten. Die Aussage von **Herrn Hildebrand** empfand er als positiv, da man jetzt wisse, wie der Stand sei. Er riet, dass die Brandschutzertüchtigung auf keinen Fall während des Schulbetriebs stattfinden sollte, dann sollte lieber die Eröffnung um ein Jahr verschoben werden.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, erklärte, dass der Beschluss vom Stadtrat gefasst wurde und wenn wieder keine Mittel in den Haushalt eingestellt werden, stünde man nächstes Jahr vor der gleichen Problematik. Die Stadt hat nächstes Jahr eventuell im Mai einen beschlossenen Haushalt. Der Stadtrat solle an seinem Beschluss festhalten und die Eröffnung nicht wieder verschieben.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erläuterte, dass um die Finanzierung gekämpft wurde, um den Stadtratsbeschluss zu erfüllen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte, ob der Stadtratsbeschluss auf einer Analyse beruht und welche Konsequenzen eine Verschiebung der Grundschüleröffnung hätte.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass die Verschiebung der Eröffnung dazu führt, dass die Schüler ein Jahr länger in den Grundschulen Johannes und Am Ludwigsfeld eingeschult werden und sich die Entlastung dieser Schulen verzögert.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, kritisierte, dass von der Verwaltung während der Haushaltsberatungen keine ordentliche Antwort darauf gegeben wurde, in welcher Höhe Verkaufserlöse für den Schulbau bereitgestellt werden können. Es wurden offenbar mehr Verkaufserlöse erzielt und für andere Zwecke als die Schulsanierung genutzt. Die Verwaltung sträubt sich, den Stadtratsbeschluss umzusetzen. Er appellierte, dass an dem Beschluss festgehalten werden solle. Er entgegnete auf den Einwand von **Herrn Trömel**, dass eine Brandschutzertüchtigung für 2 bis 3 Klassen während des Schulbetriebs zumutbar sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., unterstütze die Meinung von **Herrn Trömel** ausdrücklich. Die Glauchaschule solle zuerst brandschutzertüchtigt werden, damit der Schulbetrieb gesichert ist. Er stimmte **Herrn Bauersfeld** insofern zu, dass bei realer Betrachtung zum Haushalt 2013 keine Fertigstellung zum Schuljahresbeginn 2013 zu erwarten sei.

Herr Senger, SKE, erkundigte sich, weshalb in Anlage 3 der Vorlage Zahlen für die Glauchaschule ab dem Schuljahr 2013/14 eingestellt wurden. Was passiert mit den Schülern, wenn die Glauchaschule nächstes Jahr nicht eröffnet wird? Eine Sanierung während des Schulbetriebs ist sehr schwierig. Allerdings sollen die Schüler nicht eingepfercht werden, deshalb könne er der Verschiebung nicht zustimmen.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, merkte an, dass er es nicht für wünschenswert halte, während des Schulbetriebs die Baumaßnahmen durchzuführen, allerdings wurde der Stadtratsbeschluss missachtet. Wenn Druck auf die Verwaltung ausgeübt werden soll, dann muss an dem Beschluss festgehalten werden.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bekräftigte die Ablehnung zu diesem Beschlusspunkt und erklärte, dass die Verwaltung den Haushaltsentwurf 2013 schon im September vorlegen sollte. Sie sei nicht bereit, hier Zugeständnisse zu machen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte **Frau Raab** zu. Er begründete, dass dies eine genehmigte Schulentwicklungsplanung sei. Die Maßnahme könne als Pflichtmaßnahme auch im vorläufigen Haushalt beginnen. Er möchte mit seinem Festhalten an der Eröffnung 2013 der Verwaltung den Rücken stärken und für ihn sei abenteuerlich mit den bereitgestellten Planungsmitteln für die Glauchaschule und einer Förderung über das STARK III-Programm von einer Eröffnung der Schule im Jahr 2014 auszugehen. Es muss alles Notwendige unternommen werden, um den Beschluss nächstes Jahr umzusetzen. Er wird diesem Beschlusspunkt nicht zustimmen.

Herr Marquardt, SKE, merkte an, dass er kein Konzept über die notwendigen Baumaßnahmen kenne. Er fragte, ob die Verwaltung der Meinung sei, dass der Beschluss noch umgesetzt werden könne und ob dies technisch machbar sei.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies auf seine vorherigen Ausführungen, dass eine Eröffnung dieser Grundschule zum Schuljahresbeginn 2013 technisch nicht mehr umsetzbar sei, da der Umfang der Arbeiten unterschiedliche Gewerke betreffe, auch liege noch keine belastbare Planung für alle erforderlichen Arbeiten vor, insbesondere nicht für die Anforderung des Rates, hier auch inklusive Beschulung zu ermöglichen. Er warnte dringend vor einer Situation, in der der Schulbetrieb parallel zu Baumaßnahmen stattfinden müsse.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erinnerte, dass der Bildungsausschuss sich für die Eröffnung der Grundschule im nächsten Jahr entschieden habe. Es sei auf jeden Fall ein schlechtes Signal, wenn nunmehr der Verschiebung zugestimmt wird.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte den Beschlusspunkt 2 (Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Eröffnung der Grundschule Glaucha) zur Abstimmung und bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Votum SKE: einstimmig abgelehnt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung des Beschlusspunktes 2:

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 3 (Veränderung des Schulbezirkes der Grundschulen Diemitz/Freiimfelde und Kanena/Reideburg).

Frau Raab, FDP-Fraktion, verwies auf den fehlenden Sinn dieser Schulbezirksänderung, da angenommen werde, dass die Schimmelbekämpfung keinen Erfolg habe. Der Druck auf das Dezernat I wird erhöht, wenn der Schulbezirksänderung nicht zugestimmt wird. Das Dezernat I wäre gezwungen, Mittel für Sanierungsmaßnahmen bereitzustellen. Sie werde diesen Beschlusspunkt ablehnen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, brachte seine Ablehnung dieses Beschlusspunktes zum Ausdruck. Er sei abgeneigt einer vorsorglichen Schulbezirksänderung zuzustimmen. Er fragte nach der Kostenaufschlüsselung, da vor 2016 keine Sanierungskosten für diese Schule eingeplant seien.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass an diesem Standort eine grundhafte Sanierung des Gebäudes erforderlich sei, um die Beseitigung der Schimmelsachen zu erreichen. Derzeit wird durch Messungen kontrolliert, inwieweit der aufgebrauchte Wandanstrich die weitere Nutzung der Räume bis 2016 zulasse. Parallel dazu müssen die notwendigen Sanierungskosten auf Basis einer soliden Planung ermittelt werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Schulbezirksänderung als Vorsorgemaßnahme Sinn hat. Im Osten von Halle sind alle Schulen derzeit bestandsfähig. Falls die Bekämpfung des Schimmels nicht gelinge, kann durch Umlenkung von Schülern die Funktionsfähigkeit der Grundschule Diemitz/Freiimfelde in den verbleibenden Räumen erhalten bleiben.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zitierte aus dem Beschlusspunkt „...bei einer nicht langfristigen Schimmelbekämpfung...“, d. h. die Verwaltung gehe davon aus, dass die Schimmelbeseitigung nichts bringt.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass eine grundhafte Sanierung des Gebäudes momentan mit den vorhandenen Mitteln nicht möglich sei, die Wirkung des aufgetragenen Wandanstriches sei nur befristet.

Herr Senger, SKE, fragte nach den Kosten der aktuellen Maßnahme.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass die Schimmelbekämpfung Kosten i. H. v. ca. 20.000 € verursacht habe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte die Vermutung, dass diese Schulbezirksänderung dazu diene, diesen Schulstandort der Grundschule Diemitz/Freiimfelde langfristig aufzugeben. Es sollte jetzt keine Veränderung beschlossen werden, wenn die Schule funktionsfähig ist.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, was die Verwaltung mache, wenn dieser Beschlusspunkt abgelehnt werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Verwaltung nicht vor habe, die Grundschule Diemitz/Freiimfelde zu schließen. Wenn die Schimmelpilzbekämpfung nicht ausreichen sollte, wird auf die anderen Schulen ausgewichen.

Herr Scherer, SKE, merkte an, dass diese Schimmelbekämpfung für 2 bis 3 Jahre die volle Raumnutzung gestatte und damit weitere vorsorgliche Beschlüsse entbehrlich seien.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte nach Beendigung der Diskussion den Beschlusspunkt 3 (Veränderung des Schulbezirkes der Grundschulen Diemitz/Freiimfelde und Kanena/Reideburg) zur Abstimmung und bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Votum SKE: einstimmig abgelehnt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig abgelehnt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 4 (Schulbezirksveränderungen der Grundschulen Auenschule und Südstadt).

Für **Herrn Senger, SKE**, sei dieser Beschlusspunkt nicht nachvollziehbar. Er hält ihn für verfrüht, solange der geplante Schulneubau nicht abgeschlossen sei.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte, dass unter den Bedingungen des jetzigen Schulbezirkes für die Auenschule kein sinnvoller Fördermittelantrag gestellt werden könne, da diese Schule mit den jetzigen Schülerzahlen nicht bestandsfähig ist. Diese Schulbezirksveränderung diene dem Nachweis der Bestandsfähigkeit dieser Schule für den Förderantrag.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, ob der Schulbezirk nur verändert werde, um die Demografiesicherheit des Standortes zu belegen. Er fragte, ob das Land der Meinung sei, wenn eine Schule mehr Schüler hat, dass sie dann bestandssicher sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, ob die Konsequenz der Schulbezirksänderung sei, dass noch mehr Schüler ab nächstes Jahr in die marode Auenschule gehen.

Herr Weiske, Sozialplaner, verwies auf den schlechten Zustand der Schule und den Beschluss des Stadtrates zum Neubau. Wenn der Schule nicht mehr Schüler zugewiesen werden, dann sei sie nicht bestandssicher und bekomme somit keine Förderung.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass die Schulbezirksänderung erfolge, um den Antrag förderfähig zu machen. Eine Umsetzung der Schulbezirksveränderung erfolge erst mit dem Abschluss der Baumaßnahmen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die Schülerzahlen in der Grundschule Südstadt steigen, somit sei diese bestandssicher.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fasste zusammen, dass diese Schulbezirksveränderung der Schaffung von Voraussetzungen für den Förderantrag für den Neubau notwendig sei. Nach Beendigung der Diskussion stellte er den Beschlusspunkt 4 (Schulbezirksveränderungen der Grundschulen Auenschule und Südstadt) zur Abstimmung und bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 5 (Aufhebung des Standortes Rainstraße 19) und verwies auf die Mitteilung von **Herrn Kogge**, dass dieser Beschlusspunkt vorhin durch die Verwaltung zurückgezogen worden sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, wies darauf hin, dass die Aufhebung zum 31.07.2014 erfolgen soll und nicht schon zum 31.07.2013.

Herr Marquardt, SKE, fragte was die Burg Giebichenstein mit der Turnhalle der Rainstraße beabsichtige.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass die Burg die Turnhalle als Atelierräume nutzen will.

Herr Scherer, SKE, merkte an, dass die Stadt überlegen sollte, ob ein Teil des Gebäudes bei der Stadt verbleiben und damit der Bedarf an Kita-Plätzen im Quartier gedeckt werden könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass ein kompletter Verkauf vorgesehen sei, da die Burg die gesamte Liegenschaft benötige. Der Beschlusspunkt wird von der Verwaltung zurückgezogen und in der nächsten Schulentwicklungsplanung erneut aufgegriffen. Eine Kitanutzung schloss er aus Kostengründen aus.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte zur Thematik Grundschule in der nördlichen Innenstadt. Das Prüfergebnis befriedige ihn nicht, da am Standort Weidenplan 650 Berufsschüler unterrichtet werden können, aber eine Grundschule mit 300 Schülern abgelehnt werde. Er bemängelte, dass diese Prüfung keine Alternativen aufgezeigt habe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass bei Berufsschülern zwischen Voll- und Teilzeitschülern unterschieden werden müsse.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, ergänzte, dass bei Berufsschülern von einer anderen Aufsichtspflicht als bei Grundschulern auszugehen ist. Für Grundschüler ist der Schulhof am Weidenplan ungeeignet.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass immer nur Gründe aufgezeigt werden, weshalb der Standort Weidenplan nicht als Grundschule genutzt werden könne. Die Schülerzahlen in der Innenstadt steigen und bleiben stabil. Er erklärte, dass die geplante Eröffnung der evangelischen Schule keine Auswirkungen auf die städtischen Schulen in der Innenstadt hätte. **Herr Paulsen** fragte, weshalb die Verwaltung begründe, dass in der nördlichen Innenstadt kein Bedarf einer Grundschule bestünde. Die Antwort der Verwaltung könne er so nicht hinnehmen, da ohne zusätzliche Grundschule in der nördlichen Innenstadt keine Entlastung der anderen Schulen entstehe. Er bat die Verwaltung schlüssig aufzuzeigen, wie die Schülerzahlen in der Innenstadt bewältigt werden können. Er bat die bisherigen Punkte 6.1 bis 6.4 als Beschlussgegenstand herauszunehmen, diese sollten nur als Anlage zur Kenntnis genommen werden.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass die Formulierung für Kenntnisnahmen üblich sei. Er verwies darauf, dass in der Übersicht zu Anlage 2 bei den kommunalen Förderschulen die 10. Klasse der Pestalozzischule fehle.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies auf Seite 46 der Anlage.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Zahlen eine Zeile verrutscht seien.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Zahlen korrigiert werden und ein Austauschblatt vorbereitet wird.

Herr Hänsel, SKE, merkte an, dass die Pestalozzischule keine zwei 6. Klassen habe, sondern drei 6. Klassen.

Herr Senger, SKE, verwies auf das Sternchen bei der Jägerplatzschule. Dort stehe, dass die Schüler von der Jägerplatzschule jeweils zu 50 % an die Pestalozzischule und Comeniusschule aufgeteilt werden, dies stimme allerdings nicht.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erklärte, dass die Vorlage den Planungsstand vom Juli enthalte. In Anlage 4 der Schuljahresanfangsstatistik sind die tatsächlichen Zahlen für das laufende Schuljahr enthalten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete auf die Anfrage von **Herrn Paulsen** betreffs einer Grundschule in der nördlichen Innenstadt, dass das Problem sei, einen Standort mit vernünftigen Außenflächen zu finden. Die Hintergründe für die Begründung seien:

1. dass zur Entlastung der Schulen rund um den Paulusbereich die Horte zum Teil außerhalb der Schule eingerichtet werden müssen,
2. nach der Brandschutzsanierung werde eine vollständige Raumnutzung angestrebt und
3. die Bedarfsaussage könne nur unter Beachtung von freien Ressourcen freier Träger erfolgen.

Dieses Herangehen sei das derzeit machbare. Für die baurechtliche Genehmigung eines Neubaus in diesem Stadtteil habe er keine Hoffnung.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, dass dieser Prüfauftrag für die mittelfristige Schulentwicklungsplanung bestehen bleibt. Er sehe keine Entlastungswirkung durch freie Träger, dies setze falsche Anreize zu Lasten des kommunalen Schulwesens. Ziel sollte eine attraktivere Gestaltung der kommunalen Schulen sein.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass die Stadt viele freie Träger habe. Auch für ihn sei eine Stärkung der kommunalen Schulen vorrangig.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um eine zeitnahe und überzeugende Darstellung eines Vorschlages einer Grundschule in der nördlichen Innenstadt. Ein Zentralhort sollte rechnerisch überzeugend vorgestellt werden. Ebenso könne er sich eine Entlastungswirkung durch die Nutzung von Containern für Kitas oder Horte vorstellen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob die Antwort der Verwaltung zum Zentralhort allen zugegangen sei.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, teilte mit, dass die Antwort erst heute verteilt wurde.

Herr Weiske, Sozialplaner, erklärte, dass die Verwaltung den größten Handlungsdruck für die Grundschule „Gotthold Ephraim Lessing“ sehe.

Für **Herrn Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,** sei die Antwort unbefriedigend, da eine Entlastung erst ab 2014 wirksam werde. Dies sei nicht machbar. Er fragte, weshalb keine Notlösung durch Container gefunden wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass die geplante Entlastung durch eine Horteinrichtung in der Willi-Lohmann-Straße leider nicht voll zum Tragen komme. Container sind nach seiner Erfahrung eine teure Lösung. Das Geld sollte bevorzugt in eine nachhaltige Lösung, wie einen Neubau fließen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, schloss mit Verweis auf die reine Kenntnisnahme der Beschlusspunkte 6.1 bis 6.4 die nunmehr zu den Punkten 5.1 bis 5.4 werden den Tagesordnungspunkt 5.2, da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen.

Abstimmungsergebnis:

Einzelabstimmung der Beschlusspunkte

Punkt 1	einstimmig zugestimmt
Punkt 2	einstimmig abgelehnt
Punkt 3	einstimmig abgelehnt
Punkt 4	einstimmig zugestimmt
Punkt 5	zurückgezogen

Geänderter Beschlussvorschlag:

- 1a) Der Stadtrat beschließt ab Schuljahr 2013/14 bis auf Widerruf eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für die Gymnasien Südstadt und „Christian Wolff“ auf eine 5-Zügigkeit.

einstimmig zugestimmt

- 1b) **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die prognostizierten voraussichtlichen SchülerInnenzahlen an allgemeinen kommunalen Gymnasien mit Vorlage des Schulentwicklungsplanes 2014/15 bis 2018/19 einen Vorschlag für eine Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe ~~weiteren allgemeinen kommunalen Gymnasiums~~ vorzulegen.**

einstimmig zugestimmt

1. Der Stadtrat beschließt die Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Eröffnung der Grundschule Glaucha am Standort Heinrich-Pera-Straße 13, vom 14.12.2011, um ein Schuljahr von 2013/14 auf 2014/15.

einstimmig abgelehnt

2. Der Stadtrat beschließt, ab Schuljahr 2013/14 Schulbezirksveränderungen für die Schulbezirke der Grundschulen Diemitz/Freiimfelde und Kanena/Reideburg. Die Umsetzung der Schulbezirksveränderung erfolgt vorbehaltlich einer nicht langfristig erfolgreichen Schimmelbekämpfung und einer damit verbundenen Nutzungseinschränkung von Unterrichtsräumen im Schulgebäude der Grundschule Diemitz/Freiimfelde.

einstimmig abgelehnt

3. Der Stadtrat beschließt in Verbindung mit dem Neubau der Grundschule Auenschule Schulbezirksveränderungen für die Schulbezirke der Grundschulen Auenschule und Südstadt ab Schuljahr 2014/15.

einstimmig zugestimmt

4. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Standortes Rainstraße 19 der Berufsbildenden Schulen V Halle (ehemalige Helene-Lange-Schule) zum 31.07.2013.

Durch die Verwaltung zurückgezogen.

5. Der Stadtrat nimmt die als Anlagen beigefügten Berichte zur Kenntnis.

- 5.1 Prüfergebnis der Verwaltung zur Eröffnung einer neuen Grundschule im Bereich der nördlichen Innenstadt,

- 5.2 Stand der Realisierung von Maßnahmen, die den Schulentwicklungsplan tangieren (Beschlusspunkt 4. der Fortschreibung für das Schuljahr 2012/13),

- 5.3 Stand der Vorbereitung des Schulentwicklungsplanes für die Schuljahre 2014/15 bis 18/19 und

- 5.4 Schuljahresanfangsstatistik des Schuljahres 2012/13

zu 5.2.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Beschlussvorlage "Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14, V/2012/10911**
Vorlage: V/2012/11220

Abstimmungsergebnis: Durch Antragsteller zurückgezogen.

Beschlussvorschlag:

Zu Beschlussvorschlag Punkt 1:

Der Stadtrat beschließt **für das** Schuljahr 2013/14 ~~bis auf Widerruf~~ eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für die Gymnasien Südstadt und „Christian Wolff“ auf eine 5-Zügigkeit.

zu 5.2.2 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14 (Vorlagen-Nr. V/2012/10911)**
Vorlage: V/2012/11221

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird in Punkt 1 geändert und erhält folgende Fassung:

- 1a) Der Stadtrat beschließt ~~ab~~ **für das** Schuljahr 2013/14 ~~bis auf Widerruf~~ eine Änderung der Aufnahmekapazitäten der Klassenstufe 5 für die Gymnasien Südstadt und „Christian Wolff“ auf eine 5-Zügigkeit.
- 1b) **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf die prognostizierten voraussichtlichen SchülerInnenzahlen an allgemeinen kommunalen Gymnasien mit Vorlage des Schulentwicklungsplanes 2014/15 bis 2018/19 einen Vorschlag für eine Eröffnung einer weiterführenden Schule mit gymnasialer Oberstufe ~~weiteren allgemeinen kommunalen Gymnasiums~~ vorzulegen.**

zu 5.3 **Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Horten, Teil 1**
Vorlage: V/2012/10921

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, teilte mit, dass die Vorlage aufgrund von Änderungswünschen sowie Formfehlern überarbeitet wurde. Im

Ergebnis der Beratungen im Bildungsausschuss Oktober wurden die Bewertungskriterien verändert und neu gewichtet, sodass Demografie und Bedarf gleichwertig zu den baulichen Kriterien beurteilt wurde. Der Bezug zu den in den Haushaltsplan bereits eingeordneten Schulen, ist nur noch nachrichtlich unter Bemerkungen dargestellt. Das Bewertungssystem sei nunmehr ausgewogener und schlüssig. Die Überarbeitung betrifft den Textteil und die Anlage 1.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Bezugsbeschluss:

Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 – 2013, Stadtratsbeschluss vom 21.11.2007 (Vorlagen-Nr. IV/2007/06391)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stellt die teilweise Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 21.11.2007 - Investitionsplanung nach Prioritäten für die Kindertagesstätten- und Schulbauförderung 2007 – 2013 (Vorlagen-Nr. IV/2007/06391, hier: Anlage 1a), fest.
2. Der Stadtrat beschließt die als Anlage 1 beigefügte Prioritätenliste Investitionsbedarf an Schulen als Arbeitsgrundlage für die Planung von Schul- und Hortbaumaßnahmen und die Beantragung von Schulbaufördermitteln.
3. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, die Prioritätenliste jährlich fortzuschreiben und dem Stadtrat Aktualisierungen als Beschluss vorzulegen.
4. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, für alle Bauvorhaben an Schulen jeweils einen Grundsatz- und Baubeschluss auf der Grundlage der Prioritätenliste als Stadtratsbeschluss herbeizuführen.

**zu 5.4 Vorbereitung des Antragsverfahren für Schulen und Horte im Rahmen des Programms STARK III - EFRE, Phase 2
Vorlage: V/2012/11129**

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass in der heutigen Beigeordnetenkonferenz festgelegt wurde, dass die Vorlage um einen zweiten Beschlusspunkt ergänzt werden könne. 2012 sollen außerplanmäßig die benötigten Planungsmittel für die aufgeführten Schulen eingestellt werden. Die Deckung erfolgt aus Verkaufserlösen i. H. v. 850.000 €. Es wird ferner ergänzt, am Standort

Auenschule ein Modellprojekt gemeinsam mit der Förderschule Astrid Lindgren zu planen. Diese geänderte Fassung der Vorlage werde dem Finanzausschuss am 13.11.2012 vorgelegt.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass es den Namen Campus Kastanienalle nicht gäbe. Es sei verwirrend, wenn das so in der Vorlage stehe.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass in der Überarbeitung der Begriff des Campus gestrichen werde und die Begriffe Grund- und Sekundarschule weiter verwendet werden. Am 24.10.2012 erfolgte eine Beratung unter Beteiligung des Kultusministeriums und des Landesschulamtes. An diesem Tag wurde dieser Arbeitsbegriff verworfen. Das Konzept für diesen Modellversuch eines Schulkomplexes muss komplett überarbeitet werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, weshalb die geplanten Schulen für das STARK III-Förderprogramm nicht mit der Prioritätenliste übereinstimmen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies auf Seite 6 der Anlage 1 der Vorlage Prioritätenliste. Durch die Aufnahme des Herder-Gymnasiums und der Grundschule Friesen in Brandschutztranche II sind diese Maßnahmen schon im Haushalt verankert. Die Schulen aus der Vorlage STARK III sind im oberen Feld der Prioritätenliste enthalten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob es für ein Modellvorhaben Kastanienallee einen Antrag gäbe.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte, dass es noch keinen Antrag gibt. Die Schule und die schulfachlichen Experten haben einen ersten Konzeptentwurf erstellt, der noch überarbeitungsbedürftig ist.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob die Schule den Schulträger nach Zustimmung zu diesem Antrag gebeten hat, weil es so im Schulgesetz verankert sei.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass die Schule noch in der Konzeptionsphase sei und der Schulträger somit noch nicht zustimmen musste.

Herr Marquardt, SKE, teilte mit, dass die Elternschaft des Christian Wolff Gymnasiums über einen Modellversuch bzw. eine Gemeinschaftsschule nicht informiert sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass alle 3 Schulen (Grund- und Sekundarschule Kastanienallee und Christian Wolff Gymnasium) an Konzeptionsgesprächen beteiligt waren. Es ist die Pflicht des Schulleiters, die Elternschaft zu informieren.

Frau Raab, FDP-Fraktion, erkundigte sich, ob der Neubau oder die Sanierung der Turnhalle Kastanienalle schon entschieden sei.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass über die wirtschaftlichste Lösung die derzeitige Planungsphase ein Ergebnis erbringen müsse.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, wies darauf hin, dass die Sanierung bzw. der Neubau der Turnhalle Teil des 1. Grundsatzbeschlusses zur Kastanienallee war. Mit dieser Vorlage solle die Grundlage eines 2. Förderantrages für

weitere Sanierungsmaßnahmen dieses Schulgebäudes geschaffen werden. Das geplante Modellprojekt erfordert zusätzliche Sanierungsmaßnahmen über die rein energetische Ertüchtigung des Gebäudes hinaus.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt im Rahmen des Förderprogramms STARK III – EFRE, Phase 2, weitere Schulen und Horte zur Förderung von Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz für das Antragsverfahren vorzubereiten.

Im Rahmen des Antragsverfahrens werden folgende Schulen zur Prüfung vorgeschlagen:

- Campus Kastanienallee mit Hort
- Grundschule „Albrecht Dürer“ mit Hort
- Grundschule „Hans Christian Andersen“
- Grundschule Glaucha mit Hort
- Grundschule Frohe Zukunft
- Grundschule Johannesschule mit Hort
- Sekundarschule Halle-Süd
- Grundschule Auenschule mit Hort
- Grundschule Diemitz / Freimfelde mit Hort

Zur Realisierung des Antragsverfahrens ist im Haushalt 2013 die Planung so zu konkretisieren, dass Planungsmittel für die konkreten Standorte bereitstehen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek Vorlage: V/2012/10992

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass die Grundlage des Bibliotheksentwicklungsplans das Fachkonzept der Stadtbibliothek sei. Dies sei noch nicht im zuständigen Steuerungsgremium vorgestellt worden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, das es zuerst einen Bibliotheksentwicklungsplan geben sollte, da sich aus diesem ein Fachkonzept ableiten müsse.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass es den Auftrag für die Erstellung eines Fachkonzeptes zuerst gegeben habe, deshalb wurde dieses Herangehen gewählt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., äußerte sein Unverständnis zur Antwort der Verwaltung. Die Vertagung sei für ihn nicht verständlich. Fachkonzept und Bibliotheksentwicklungsplan seien verschiedene Dinge.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum geänderten Antrag.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung des geänderten Antrages.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zum Ende des 1. Quartals 2013 eine Fortschreibung des „Bibliotheksentwicklungsplans der Stadtbibliothek Halle (Saale) 2004 bis 2007“ zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Der Bibliotheksentwicklungsplan soll insbesondere Aussagen zu folgenden Aspekten treffen:
 - Profil und Bestand der Zentralbibliothek, Musikbibliothek, Fahrbibliothek und der Stadtteilbibliotheken
 - Strategische Ziele bzgl. der Bestandsentwicklung; insbesondere konkrete Maßnahmen:
 - zur Erweiterung der LeserInnenschaft und Erschließung neuer Nutzergruppen
 - zur Erhöhung der Nutzungsintensität, Verfügbarkeit und Effizienz des Bestandes
 - zur verstärkten Einführung elektronischer Medien
 - zur Mittelakquise (Sponsoring, Fundraising, privatwirtschaftliche Betätigungen etc.)
 - Entwicklung der Online-Informationendienste
 - Zusammenarbeit mit Kindertageseinrichtungen und Schulen
 - Integration von MigrantInnen

- Barrierefreier Zugang
- Öffnungszeiten und Personalentwicklung
- Gebäude- bzw. Raumsituation
- Konsolidierungsvorhaben
- Öffentlichkeitsarbeit
- Regelmäßige Berichterstattung zur Umsetzung der Konzeption

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859**

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass der Antrag mehrfach vertagt wurde, da der Weg nicht richtig klar sei. Er fragte, ob sich die Verwaltung einer anderen Formulierung anschließen könne, der nicht mehr auf einen Schulversuch abziele, sondern lediglich auf eine modellhafte und probeweise Umsetzung von Formen und Zielen inklusiver Bildung am künftigen Standort der Grundschule Glaucha.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies auf die Bildung der Arbeitsgruppe Inklusion der Verwaltung. Erst nach Vorliegen von Ergebnissen sollten sich die Fraktionen am Diskussionsprozess beteiligen, erst dann mache dieser Antrag Sinn. Zudem sei eine Abstimmung mit dem Land zu den rechtlichen Rahmenbedingungen notwendig.

Herr Hänsel, SKE, wies darauf hin, dass die probeweise Umsetzung der Formen und Ziele inklusiver Bildung erst erfolgen werden könne, wenn diese bekannt seien. Mit Bezug auf die vorliegende Antwort der Verwaltung fragte er, inwiefern behinderte Bürger beteiligt werden. Es sollten auch nicht behinderte als Betroffene einbezogen werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüßte dieses Herangehen der Verwaltung, aber es sollten keine 2 Jahre bis zu einem Ergebnis verstreichen. Deshalb ändere er seinen Antrag mit folgendem Wortlaut: „ Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemäß § 11 SchulG LSA für die geplante neue Grundschule Glaucha eine modellhafte und probeweise Umsetzung von Formen und Zielen inklusiver Bildung vorzusehen.“

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass bei Baumaßnahmen die baurechtlichen Vorgaben einzuhalten seien.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass es bei der Inklusion nicht nur um die Barrierefreiheit gehe. Es müssten auch Räume für zusätzliche pädagogische Angebote bereitgestellt werden. Dies sollte für die Glauchaschule vorgesehen werden.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Antwort der Landesregierung zu einer Anfrage seiner Fraktion im Landtag. Die Nachfrage beim Finanzminister habe deutlich gemacht, dass Anforderungen an die inklusive Beschulung derzeit nicht bei der STARK III-Förderung berücksichtigt werden. Beide Prozesse laufen nebeneinander. Er könne diesem Antrag von **Herrn Paulsen** zustimmen, dieser solle die Verwaltung ermutigen, Raumfaktoren aus pädagogischer Sicht großzügiger zu planen.

Herr Hänsel, SKE, merkte zum Konzept der Arbeitsgruppe Inklusion an, dass dieses auf Körperbehinderte fokussiert sei. Er teilte mit, dass es in Halle über 600 Lernbehinderte gebe. Die Schwerpunktsetzung allein auf Körperbehinderte sei nicht gerechtfertigt, da 60 % aller

Behinderten Lernbehinderte seien. Diese Gruppe müsse mehr Gewicht in den Betrachtungen erhalten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass in der Verwaltung ein Bewusstsein geschaffen werden müsse, dass ein Schulgebäude mehr ist, als eine Aneinanderreihung von Räumen. Nach seiner Auffassung stehen derzeit Lernbehinderte auf Seiten des Landes nicht im Zentrum der Konzepte zur Inklusion. Er erkenne eher die Tendenz, dass Lernbehinderte zum Problem der Jugendhilfe gemacht werden. Dies halte er für den falschen Weg.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, stellte einen Geschäftsordnungsantrag zum Schluss der Aussprache.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemäß § 11 SchulG LSA für die geplante neue Grundschule Glaucha ~~und eine notwendige weitere neue Grundschule im Bereich der Nördlichen Innenstadt zum Schuljahr 2013/14 beim Kultusministerium sog. Schulversuche zu beantragen, die eine modellhafte und probeweise Umsetzung von Formen und Zielen inklusiver Bildung vorzusehen.~~

zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Brandschutzgrundsicherung der geplanten Grundschule Glaucha Vorlage: V/2012/11148

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass der Bildungsausschuss schon den ersten Schritt in die richtige Richtung getan hätte. Er erklärte, dass der Antrag ein Hinweis an die Verwaltung sein soll und bat die Mitglieder dem Antrag zuzustimmen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Antrag.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Nun bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die stimmberechtigten Stadträte um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für eine Eröffnung des Grundschulstandortes Glaucha zum Schuljahr 2013/14 die notwendige Brandschutzgrundsicherung durchzuführen und die notwendigen Investitionsmittel in den Haushaltsplan 2013 einzustellen.

Hinsichtlich der Finanzierung ist vorrangig zu prüfen, ob Einnahmen aus

Grundstücksveräußerungen, beispielsweise dem beschlossenen Verkauf des Grundstücks Gemarkung Kröllwitz, Flur 24, Flurstück 1354 – Teil-B-Plan-Nr. 32.9 (Beschluss des Finanzausschuss vom 18.09.2012 zur Vorlage V/2012/11015), für die Maßnahme genutzt werden können.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Anfrage des sachkundigen Einwohners Herr Thomas Senger im Auftrag des StadtElternRates der Stadt Halle zum aktuellen Urteil des OVG LSA, Beschl. v. 01.10.2012, Aktenzeichen 3 M 687/12
Vorlage: V/2012/11138**

Herr Senger, SKE, erklärte, dass die Entscheidung vom Oberverwaltungsgericht kein Urteil sei, sondern ein Beschluss. Der Beschluss hätte jederzeit vom Oberverwaltungsgericht von der Verwaltung kostenfrei abgerufen werden können, um die Begründung auszuwerten. Die Verwaltung geht von einer Einzelfallentscheidung aus, dieser Beschluss sei aber keine Einzelfallentscheidung sondern habe grundsätzliche Bedeutung.

Die Mitglieder des Bildungsausschusses nahmen die Anfrage und die Antwort der Verwaltung ohne weitere Wortmeldungen zur Kenntnis.

zu 8 Mitteilungen

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies auf die vorliegende schriftliche Information zu Schulen, die derzeit kommissarische Schulleiter haben und auf die schriftliche Information zum Breitbandanschluss von Schulen.

Herr Hänsel, SKE, nahm Bezug zu seiner Nachfrage zum Hort an der Pestalozzischule. Die Antwort der Verwaltung gehe im Tenor davon aus, dass es keinen Bedarf gäbe. Derzeit ermittle der Schulelternrat einen solchen Bedarf.

zu 8.1 Salinetechnikum
Vorlage: V/2012/11043

Die Vorlage Salinetechnikum wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Senger, SKE, fragte, wann und welche Arbeiten am Schulhof der KGS „Ulrich von Hutten“ stattfinden. Dieser Schulhof stelle eine Unfallgefahr dar. Zudem fragte er, wie sich der Versicherungsträger dazu positioniert.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Senger, SKE, bezog sich auf die vorliegende Antwort zu Bauschäden der Decken im Ausweichobjekt der IGS, die er anhand von Fotos belegte. Er machte nochmals deutlich, dass Glasfasern eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Er fragte, wann dieser Mangel behoben wird.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, verwies auf seine schriftliche Antwort. Durch die Bewegung des Gebäudes können jederzeit wieder Risse in der Decke entstehen, die bei Bedarf repariert werden. Er negierte, dass der Schüler wegen einer Krankheit durch die Glasfasern von der Schule genommen wurde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, welche Schulen Interesse an der kommunalen Schule mit internationalem Profil haben.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass sich die Grundschulen Südstadt und Kastanienallee interessieren. Die Thematik muss noch in den Gesamtkonferenzen beschlossen werden. Für den Stadtrat wurde eine schriftliche Beschlusskontrolle formuliert und auch der Bildungsausschuss wird in Kenntnis gesetzt, sobald die Aussagen aus den Schulen konkreter sind.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, wie in den Schulen mit der 100%igen Haushaltssperre umgegangen werde und wer für Mahngebühren aufkomme.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Verwaltung Rechnungen aufgrund bestehender Verträge bezahlen müsse.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, ergänzte, dass für sämtliche Ansätze Mittelfreigaben gestellt werden müssen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Aufträge für die Rettungsbalkone schon ausgelöst wurden, oder ob dies unter die Haushaltssperre falle.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erklärte, dass die Ausschreibung der Rettungsbalkone erfolgt sei. Diese Mittel fallen nicht unter die Haushaltssperre.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, wann die Grundsatz- und Baubeschlüsse für die 8 Schulen aus der 2. Förderphase von STARK III in den Bildungsausschuss eingebracht werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die jetzige Beschlussvorlage den Startschuss für objektkonkrete Planungen gebe. Sobald die entsprechenden Vorhaben Antragsreife haben und die Förderung mit dem Land vorabgestimmt sei, werden Baubeschlüsse vorgelegt. Die Verwaltung wird regelmäßig über das laufende Verfahren informieren.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Auskunft, welche weiteren Zuschüsse es für das Salinetechnikum gäbe und was Schulen für die Nutzung bezahlen müssen.

Herr Hänsel, SKE, bezog sich auf die schriftliche Antwort zum Schulgarten der Grundschule „Albrecht Dürer“ zur Bereitstellung einer Fläche für den Schulgartenunterricht und fragte nach den Ergebnissen.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Hänsel, SKE, bezog sich auf die schriftliche Antwort der Verwaltung zur Entspannung der Raumsituation an der Grundschule Wittekind. Diese Antwort sei unbefriedigend, da der Raumfaktor von 1,2 an dieser Schule unterschritten wird. Nach Meinung der Schulleitung wurde keine einvernehmliche Lösung gefunden, es mussten Fachkabinette aufgelöst werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, stimmte **Herrn Hänsel** zu, dass der Raumfaktor unterschritten sei, auf spezielle Fachräume gäbe es keinen Anspruch an einer Grundschule. Die Verwaltung werde nochmals mit den Verantwortlichen von Schule und Hort nach einer Lösung suchen.

Herr Hänsel, SKE, verwies auf Punkt 2 des Merkblattes zu weiterführenden Schulen. Für ihn bestehe das Problem, dass die Praxis von Auswahlverfahren und die Berücksichtigung von Zweitwünschen sich zum Teil widersprechen. Sofern der Zweitwunsch für eine Schule mit Auswahlverfahren angegeben werde, bestehe keine Chance auf Berücksichtigung. Er sehe hier rechtliche Bedenken. Ein Vorschlag wäre auf den Zweitwunsch zu verzichten oder in einem Verfahren Erst- und Zweitwünsche für eine Schule auszulösen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte einer Antwort, nach Prüfung des Rechtsamtes, zu.

Herr Senger, SKE, entgegnete, dass es keinen Rechtsanspruch auf einen Platz an einer bestimmten Schule gäbe. Die derzeitige Verordnung zum Auswahlverfahren werde nach seiner Kenntnis vom Land überarbeitet.

zu 10 Anregungen

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte an, dass für die Berichterstattung in den Fachausschüssen und im Stadtrat TOP 5.1 die Berichte zu Grundschule, Hort und Kita zusammengefasst werden sollten.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, stimmte dieser Anregung zu.

Herr Senger, SKE, schlug vor, den nächsten Bildungsausschuss in der Grundschule „Hans Christian Andersen“ durchzuführen, da hier inklusive Beschulung praktiziert werde.

Herr Bau, SKE, regte an, dass den Schulen in freier Trägerschaft zur Schulentwicklungsplanung die Möglichkeit einer Stellungnahme oder eines Gesprächsangebotes eingeräumt werden sollte.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erklärte, dass für diese Schulen keine eigenständige Planung erfolge, sondern lediglich die bestehenden Schülerzahlen aufgenommen werden.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, wies darauf hin, dass der Stadtelternrat, dem auch die Vertreter freier Schulen zugehörig seien, angehört werden.

Herr Bau, SKE, regte an, den sachkundigen Einwohnern vor der Abgabe des Votums Zeit für Statements einzuräumen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erwiderte, dass sich sachkundige Einwohner jederzeit an der Diskussion beteiligen können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den öffentlichen Teil des Bildungsausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.01.13

Tobias Kogge
Beigeordneter für Jugend, Schule,
Sport, Soziales und kulturelle Bildung

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Dr. Radig
Protokollführerin